A. Palästina- und PLO-Politik der DDR 1949–1972

I. Der Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen, das Entstehen der Fatah und die Anfänge der ostdeutschen Palästinalpolitik

Am 2. April 1947 gab die Regierung Großbritanniens bekannt, nach rund 25 Jahren die seinerzeit durch den Völkerbund ratifizierte Mandatsverwaltung in Palästina beenden zu wollen. London bat die Vereinten Nationen (VN) nach Artikel 10 der VN-Charta „to make recommendations [...] concerning the future government of Palestine“, woraufhin in der Generalversammlung eine Debatte über diese Frage begann¹. Die letztlich am 29. November 1947 verabschiedete Resolution 181 sah mit Ausnahme Jerusalems, wo ein Sonderstatus gelten sollte, die Teilung des britischen Mandatsterritoriums in einen jüdischen und in einen arabischen Staat vor. Das Vereinigte Königreich war gemäß diesem Beschluss der VN angehalten, seine Verwaltung in Palästina so schnell wie möglich, spätestens jedoch bis August 1948 zu beenden. Sowohl der jüdische als auch der arabische Staat hatten umgehend einen sogenannten Provisional Council of Government einzurichten. Dieser sollte dafür Sorge tragen, dass nach Abzug der britischen Truppen bis Dezember 1948 in beiden Teilstaaten eine verfassunggebende Versammlung gewählt wurde².

Die arabischen Regierungen sowie die in Palästina lebenden Araber erkannten allerdings weder den im Mai 1948 im Einklang mit Resolution 181 der Generalversammlung gegründeten jüdischen Staat an noch akzeptierten sie den Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen. Sie vertraten die Ansicht, dass das gesamte Gebiet arabisch sei und nach Beendigung des britischen Mandates nur ein einziger Staat gebildet werden könne – jedoch kein palästinensischer. Die drei angrenzenden Nachbarländer Ägypten, Jordanien und Syrien erhoben einen eigenen Anspruch auf Palästina; die dort lebende arabische Bevölkerung wurde nicht als selbstständige nationale Einheit betrachtet³. Konsens bestand aufseiten der Ara-

¹ So UN A/286, Letter from the United Kingdom Delegation to the UN Addressed to the UN, 02. 04. 1947. Vgl. auch Krämer, Geschichte Palästinas, S. 192–195, 357 f.; Gainsborough, Conflict, S. 27–37; Tessler, Conflict, S. 258 f.; Louis, Britain, S. 26 f.

² In beiden Staaten u. in Jerusalem sollte zudem eine Zollunion gelten. Darüber hinaus waren gemeinsame Postverwaltungen, Schnellstraßen, Häfen u. Flughäfen vorgesehen; außerdem war eine gemeinsame Währung einzuführen. Frauen durften gemäß Resolution 181 an den Wahlen der verfassunggebenden Versammlungen teilnehmen u. auch kandidieren, vgl. UN A/RES/II/181 A, B, Resolution, 29. 11. 1947.

³ Vgl. Krämer, Geschichte Palästinas, S. 359 f.; Tessler, Conflict, S. 263–276; Sayigh, Struggle, S. 3, 10–16, 35–41; Ben-Dor, Sovereignty, S. 143–153; Schueftan, Palestinians, S. 130–132; Ma'oz/Sela, PLO, S. 99 f. Zionistische Extremisten lehnten es ebenso ab, den Staat Israel lediglich in einem Teil Palästinas aufzubauen. Sie behaupteten zudem, nur Jerusalem könne dessen rechtmäßige Hauptstadt sein. Auch einzelne Strömungen des ortho-

ber lediglich darüber, dass der jüdische Staat gewaltsam bekämpft werden musste. Der erste Krieg gegen Israel, unmittelbar nach dessen Unabhängigkeitserklärung im Mai 1948, führte allerdings zu dessen territorialer Vergrößerung und zur Niederlage der Armeen Ägyptens, Jordaniens, des Libanon, Syriens und des Irak – unterstützt von Saudi-Arabien. Nichtsdestotrotz reklamierten die arabischen Regierungen weiterhin für sich den Anspruch, die Interessen aller in Palästina lebenden Menschen zu vertreten⁴.

Gut ein Jahrzehnt später veränderte sich die Situation insofern grundlegend, als erstmals eine politische Formierung Gestalt annahm, die als palästinensische Gruppe für die Befreiung Palästinas kämpfen wollte. Sie gründete sich entweder 1958 oder 1959 und gab sich den Namen Fatah, das rückwärtsgelesene Akronym des arabischen Ausdrucks *ḥarakāt al-tahrīr al-filasṭīniya* (حركة التحرير الفلسطينية), „Bewegung der Befreiung Palästinas“⁵. Die Fatah war sowohl die erste palästinensische Organisation nach 1945, die einen eigenen Nationalstaat anstrebte als auch die erste, die zum direkten gewaltsamen Kampf gegen Israel aufrief. Ihr Entstehen war für die weitere Herausbildung einer palästinensischen Identität daher eine Zäsur⁶. Die späteren Gründungsmitglieder der Fatah prägte nicht allein die Erfahrung der militärischen und politischen Niederlage Ägyptens sowie der arabischen Staaten von 1948 und von 1956 nach Ausbruch des Suezkonfliktes⁷. Ein zweites Moment war die Bedeutung islamistischer Bewegungen, die sich der

doxen Judentums sprachen einem weltlichen „Staat der Juden“ jede Legitimität ab; sie weigerten sich, die Souveränität u. Autorität Israels anzuerkennen. Der innergesellschaftlich gesuchte Konsens mit dem orthodoxen Judentum war eine der Ursachen dafür, dass darauf verzichtet wurde, eine geschriebene Verfassung auszuarbeiten, vgl. Cohen, Israel, S. 23–27, 111–113, 131; Kretzmer, Occupation of Justice, S. 13f.

⁴ 1949 schlossen Israel sowie Ägypten, der Libanon, Jordanien u. Syrien Waffenstillstandsabkommen. Auch wenn sich die arabischen Regierungen in diesen u. auch auf den 1949/50 folgenden Konferenzen dazu bereit erklärt hatten, einen Gesamtfrieden in der Region gemeinsam mit Israel anzustreben, blieben diese Deklarationen wirkungslos. Während der unter Leitung der VN geführten Gespräche Anfang der 1950er Jahre vertraten die arabischen Regierungen „Palästina“ u. repräsentierten die palästinensisch-arabische Bevölkerung, vgl. UN S/1949/1264/Corr.1, Armistice Agreement between Egypt and Israel, 11. 03. 1949; UN S/1949/1296, Armistice Agreement between Lebanon and Israel, 23. 03. 1949; UN S/1949/1302/Rev.1, Armistice Agreement between the Hashemite Jordan Kingdom and Israel, 03. 04. 1949; UN S/1949/1353, Armistice Agreement between Israel and Syria, 20. 07. 1949; UN A/RES/III/194, Resolution, 11. 12. 1948; Gainsborough, Conflict, S. 43–56; Tessler, Conflict, S. 273–276; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 375f.; Smith, Conflict, S. 199–201; Shlaim, Collusion, S. 231–244, 386–425, 461–490; Sayigh, Struggle, S. 20–23, 37–41.

⁵ Vgl. Kurz, Fatah, S. 16; Shemesh, Entity, S. 35; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 52; Gowers/Walker, Myth, S. 27–30; Khalaf, Heimat, S. 52f.; Sayigh, Struggle, S. 71, 84; Smith, Conflict, S. 271; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 46; Bröning, Parties, S. 57–60; Karmon, Coalitions, S. 235; Alexander, Secular Terrorism, S. 1. Das Wort *fāth* (فَتْح) wird im Arabischen im Kontext von „Sieger“ u. „Eroberer“, aber auch von „Beginn“ u. „Öffnung“, im Sinne von „in etwas eintreten“, gebraucht, vgl. Wehr, Arabisches Wörterbuch, S. 940.

⁶ Vgl. Kurz, Fatah, S. 2f., 16–23; Weingardt, Nahostpolitik, S. 71; Sayigh, Struggle, S. 19f., 88–92; Ben-Dor, Sovereignty, S. 153f.

⁷ Vgl. Sayigh, Struggle, S. 65–80; Ben-Dor, Sovereignty, S. 148–154; Schueftan, Palestinians, S. 130–132.

palästinensischen Flüchtlinge im (seit Anfang 1957 wieder) unter ägyptischer Kontrolle stehenden Gazastreifen beziehungsweise in dem von Jordanien ab 1950 verwalteten Westjordanland annahmen. Die beiden wichtigsten Organisationen waren die 1952 entstandene „Partei der Befreiung“ und die Muslimbruderschaft⁸. Um deren Bedeutung für die Fatah zu begreifen, müssen verschiedene Aspekte der Entwicklung Palästinas in den gut 30 Jahren vor 1958/59 betrachtet werden.

Islamistische Bewegungen und die Palästinafrage

Die Organisation der Muslimbrüder, 1928 von Hassan al Banna im ägyptischen Ismailia gegründet, war eine islamistische Bewegung, die sich um soziale Belange der Muslime kümmerte, sie religiös ausbildete und gleichzeitig gegen die säkular-nationalstaatliche Herrschaft der arabischen Regierungen eintrat⁹. Aufgrund ihrer längeren Geschichte verfügte sie im Gegensatz zur Partei der Befreiung über den größeren Einfluss. Zutreffend resümiert Beverley Milton-Edwards: „By the early 1950s it was increasingly clear that the brotherhood was seeking a dominant role in the politics of the Gaza Strip. The brotherhood functioned during this period as an important and primary stepping stone for many politically active young men who saw the organization as the only one representing shared values and ideals.“¹⁰ Marion Boulby hebt hervor: „In the 1950s [...] the growth of Palestinian nationalism would become a key component in the development of Jordanian Islamist cohesion and political consciousness.“¹¹

Tatsächlich erfolgte die erste wirkliche Vertretung palästinensischer Interessen nach dem Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen und dem Entstehen Israels 1947/48 durch islamistische Organisationen¹². Zu Recht stellen unter anderem Amal Jamal und Ziad Abu-Amr fest, dass die Religion der meisten Palästinenser der Islam war und dieser Glaube bereits Ende der 1940er Jahre und nicht erst ab Mitte der 1970er Jahre bei der Mobilisierung der Palästinenser für den Kampf gegen Israel von Bedeutung war¹³. Dies traf aber auch schon in den 1920er und

⁸ Vgl. Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism*, S. 1; Awaisi, *Muslim Brothers*, S. ix, 1–8; Bar, *Muslim Brotherhood*, S. 5–27; Milton-Edwards, *Islamic Politics*, S. 64; Karmon, *Coalitions*, S. 235f.; Barghouti, *Islamist Movements*, S. 148, 164f.; Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 19–58, 121–128; Cohen, *West Bank*, S. 144f., 209–212; Sayigh, *Struggle*, S. 46–53; Tal, *Radical Islam*, S. 16f., 176, 187; Halverson, *Sunni Islam*, S. 3; Lefèvre, *Ashes of Hama*, S. 3, 12–27.

⁹ Vgl. Krämer, *Banna*, S. 25–30; Lia, *Muslim Brothers*, S. 35–39; Zollner, *Muslim Brotherhood*, S. 10; Awaisi, *Muslim Brothers*, S. 225–234; Carré/Seurat, *Frères musulmans*, S. 17–20, 36–39, 84–93; Croitoru, *Hamas*, S. 12–20; Harris, *Egypt*, S. 149–151, 163f.; Maréchal, *Muslim Brothers*, S. 15–22; Tal, *Radical Islam*, S. 16f., 20–23; Halverson, *Sunni Islam*, S. 3; Murtaza, *Muslimbruderschaft*, S. 37–45.

¹⁰ So Milton-Edwards, *Islamic Politics*, S. 45f.

¹¹ So Boulby, *Kings of Jordan*, S. 17.

¹² Vgl. Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 121–132; Awaisi, *Muslim Brothers*, S. 2, 150f.; Sayigh, *Struggle*, S. 49; Barghouti, *Islamist Movements*, S. 164f. Nichtsdestotrotz war, wie u. a. Smith, *Conflict*, S. 1, festhält, der Nahostkonflikt primär von säkularer u. nicht religiös-fundamentalistischer Art.

¹³ Vgl. Jamal, *Palestinian National Movement*, S. 104f.; Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism*, S. xvi.

1930er Jahren zu, als die antijüdische Konfrontation in Palästina von Amin al Hussaini, dem Mufti Jerusalems, geleitet wurde¹⁴. Hassan al Banna unterstützte Hussaini ab spätestens 1936 und hatte bereits 1928 den ersten Kontakt hergestellt. In der Folge half die ägyptische Muslimbruderschaft dem Mufti, den ab April 1936 zunächst in Streiks und dann in Gewalt Ausdruck findenden arabischen Protest gegen die jüdische Besiedlung sowie die britische Kolonialmacht des Mandatsgebietes zu organisieren¹⁵. Wie Gudrun Krämer betont, wurde der Konflikt in Palästina ab Ende 1937, nachdem Hussaini Jerusalem verlassen musste und in Syrien und dem Libanon lebte, ohne ein einheitliches Kommando von den unterschiedlichen, lokal agierenden Abteilungen fortgesetzt¹⁶. In diesem Sinne stellten die von der Bruderschaft Bannas entsandten Gruppen eine der Optionen dar, die es Hussaini ermöglichten, auf diesen Konflikt Einfluss zu nehmen, bis Großbritannien Anfang 1939 die Ausschreitungen beendete¹⁷.

Amin al Hussaini, der 1939 aus Beirut nach Rom und anschließend nach Berlin geflohen war, hielt sich ab Juni 1946 vor allem in Kairo auf, da Amman es ihm noch immer verwehrte, in das Westjordanland einzureisen¹⁸. Zwischen 1939 und dem Frühjahr 1945 war Hussaini die Schlüsselfigur der arabischsprachigen antisemitischen Propaganda des NS-Regimes im Nahen Osten und der praktischen Teilhabe von Muslimen am Kampf des nationalsozialistischen Deutschlands gegen den „jüdisch-kommunistischen Bolschewismus“ und die „anglo-amerikanisch-jüdische Herrschaft“ gewesen¹⁹. Die ägyptischen Muslimbrüder hatten ab 1941 zu denen gehört, die Hussainis Unterstützung für Hitler gutgeheißen hatten. Anders als die Regierung Ägyptens brach Banna die Beziehungen mit Deutschland 1939 nicht ab²⁰. Ursache des Erfolges der Muslimbruderschaft in Ägypten ab

¹⁴ Vgl. Milton-Edwards, *Islamic Politics*, S. 79; dies./Farrell, *Hamas*, S. 31f.; Awaisi, *Muslim Brothers*, S. 21–33; Croitoru, *Hamas*, S. 18–32; Beeri, *Leadership*, S. 452–455; Elpeleg, *Mufti*, S. 204; Hart, *Arafat*, S. 67f.; Lähteenmäki, *Palestine Liberation Organization*, S. 47f.; Smith, *Conflict*, S. 129–140. Zur Rolle Hussainis u. der Auseinandersetzung zwischen 1936 u. 1939 vgl. Schulze, *Islamischer Internationalismus*, S. 93f.; Tessler, *Conflict*, S. 230–246; Krämer, *Geschichte Palästinas*, S. 308–341; Schechtman, *Mufti*, S. 44–60; Nowar, *Trans-Jordan*, S. 189–226; Pearlman, *Mufti*, S. 13–24; Herf, *Jewish Enemy*, S. 158–198, 243f.

¹⁵ Vgl. Awaisi, *Muslim Brothers*, S. 28–45, 68–125; Gershoni, *Muslim Brothers*, S. 367–388; Krämer, *Banna*, S. 48–50; dies., *Geschichte Palästinas*, S. 316–318; Carré/Seurat, *Frères musulmans*, S. 31, 208; Lia, *Muslim Brothers*, S. 154f., 236–247; Murtaza, *Muslimbruderschaft*, S. 100–102; Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism*, S. 1; Bar, *Muslim Brotherhood*, S. 9; Milton-Edwards/Farrell, *Hamas*, S. 32; Sayigh, *Struggle*, S. 2, 7f.; Croitoru, *Hamas*, S. 18–32; Lia, *Muslim Brothers*, S. 154–156, 236–247.

¹⁶ Vgl. Krämer, *Geschichte Palästinas*, S. 332; Shlaim, *Collusion*, S. 70; Saint-Prot, *Arafat*, S. 53f.; Pearlman, *Mufti*, S. 24; Smith, *Conflict*, S. 173; Sayigh, *Struggle*, S. 8; Schechtman, *Mufti*, S. 61f.; Tessler, *Conflict*, S. 232.

¹⁷ Vgl. Gershoni, *Muslim Brothers*, S. 367, 377–388; Krämer, *Geschichte Palästinas*, S. 341; Nowar, *Trans-Jordan*, S. 224–226; Croitoru, *Hamas*, S. 33.

¹⁸ Vgl. Krämer, *Geschichte Palästinas*, S. 334, 361f.; dies., *Banna*, S. 77f.; Elpeleg, *Mufti*, S. 201–215; Shlaim, *Collusion*, S. 40; Smith, *Conflict*, S. 181; Awaisi, *Muslim Brothers*, S. 187–191; Pearlman, *Mufti*, S. 7f., 40–42; Schechtman, *Mufti*, S. 61–64, 116–119, 167–190; Herf, *Nazi Propaganda*, S. 8, 74–76, 232f., 241; Furlonge, *Palestine*, S. 150.

¹⁹ Vgl. Pearlman, *Mufti*, S. 42–66; Schechtman, *Mufti*, S. 76–152; Herf, *Nazi Propaganda*, S. 8, 37f., 55, 90–157, 172–201, 232, 261; ders., *Hitlers Dschihad*, S. 259–286.

²⁰ Vgl. Herf, *Nazi Propaganda*, S. 37, 96, 264; Awaisi, *Muslim Brothers*, S. 68–101.

Mitte der 1930er Jahre war – so urteilen maßgebliche Arbeiten sowohl der älteren wie jüngeren Forschung – unter anderem Hassan al Bannas gemeinsam mit Amin al Hussaini vertretene Idee des Kampfes gegen die britische Herrschaft und die jüdische Besiedlung Palästinas – des für den Islam so wichtigen Territoriums²¹. Die Vorstellung, dass „die Juden“ nach Macht strebten, überdauerte sowohl bei Amin al Hussaini als auch Hassan al Banna die Zeit des „Dritten Reiches“, wobei dies nicht nur die antisemitische, sondern gleichfalls die antikommunistische Ausprägung ihres Denkens betraf²².

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verstärkte Hassan al Banna das Engagement in Palästina und baute im Westjordanland gemeinsam mit Amin al Hussaini bis 1947/48 mehr als 25 unter Kontrolle der ägyptischen Muslimbruderschaft stehende Gruppen auf. Sie wurden von Jerusalem aus durch die Familie Hussaini geführt. Dieser palästinensische Ableger gehörte zu den ersten Neugründungen der Muslimbruderschaft außerhalb Ägyptens²³. Für Amin al Hussaini war die vorangetriebene politische Mobilisierung in Palästina zu diesem Zeitpunkt noch wichtiger als Mitte der 1930er Jahre, da – unabhängig davon, dass es ihm nach wie vor nicht möglich war, sich im Westjordanland aufzuhalten – Banna die Strukturen dort signifikant ausgebaut hatte²⁴. Der westlich des Jordans sowie im Gazastreifen herausgebildete Arm der Muslimbrüder konstituierte mit seinen 25 Unterorganisationen ab spätestens Anfang 1946 eine eigene palästinensische Muslimbruderschaft. Um 1947 sollen ihr zwischen 12 000 und 20 000 Mitglieder angehört haben²⁵. Damit existierten Ende der 1940er Jahre mindestens drei nach ägyptischem Vorbild aufgebaute Bruderschaften: die palästinensische, die syrische und die transjordanische²⁶.

²¹ Vgl. Krämer, Banna, S. 45–65; Gershoni, Muslim Brothers, S. 367–390; Herf, Nazi Propaganda, S. 96f.; Awaisi, Approach, S. 232–244; Maréchal, Muslim Brothers, S. 25; Harris, Egypt, S. 159, 179–181; Cohen, West Bank, S. 206–208; Croitoru, Hamas, S. 18–34. Die Muslimbruderschaft soll zwischen 1932 u. 1938 in Ägypten von 15 auf mehr als 300 lokale Abteilungen angewachsen sein, vgl. Carré/Seurat, Frères musulmans, S. 21.

²² Vgl. Herf, Nazi Propaganda, S. 244, 251f., 265; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 122. Vgl. auch die Essays Hussainis in: Elpeleg, Mufti.

²³ Vgl. Awaisi, Muslim Brothers, S. 151–155; Cohen, West Bank, S. 144; Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 105; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 23–26; Bar, Muslim Brotherhood, S. 9, 13; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 2f.; Croitoru, Hamas, S. 32f.; Sayigh, Struggle, S. 50; Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 103f.; Milton-Edwards/Farrell, Hamas, S. 32; Bröning, Parties, S. 16; Lia, Muslim Brothers, S. 155; Lefèvre, Ashes of Hama, S. 3, 12–27.

²⁴ Vgl. Cohen, West Bank, S. 145–148; Krämer, Banna, S. 77f.; Elpeleg, Mufti, S. 210–215; Smith, Conflict, S. 181; Awaisi, Muslim Brothers, S. 189, Maddy-Weitzman, Chafing at the Bit, S. 184–191.

²⁵ Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 9; Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 105; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 26; Sayigh, Struggle, S. 50; Awaisi, Muslim Brothers, S. 155, 190f.; Croitoru, Hamas, S. 33; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 3.

²⁶ Hinzu kamen auch Muslimbruderschaften im Sudan, im Libanon sowie in Marokko. Saudi-Arabien, Irak, Tunesien u. Algerien verboten die Muslimbruderschaft, vgl. Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 105; Boulby, Kings of Jordan, S. 3; Lia, Muslim Brothers, S. 35–39, 154f., 236–247; Bar, Muslim Brotherhood, S. 10; Cohen, West Bank, S. 144f.; Awaisi, Muslim Brothers, S. 143–153; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 24.

Letztere hatte sich zeitgleich zu der von Amin al Hussaini und der ägyptischen Bruderschaft im Westjordanland organisierten Abteilung östlich des Jordans etabliert, das heißt im Staat Transjordanien, der nach der Abgabe der Regierungsverantwortung durch Großbritannien im Juni 1946 gegründet worden war²⁷. Das Besondere im Hinblick auf die Entwicklung der Muslimbruderschaften zwischen 1945 und 1948 in der East und West Bank, also der östlich und westlich des Jordan zwischen dem See Genezareth und dem Toten Meer gelegenen Gebiete, war das Entstehen separater Organisationen. Während im westlichen Teil, inklusive Jerusalems sowie des Gazastreifens, die palästinensische Muslimbruderschaft Gestalt annahm, bildete sich in Transjordanien ab 1945 eine Abteilung heraus, die vom Emir, dem späteren jordanischen König Abdallah, unterstützt wurde, weil sie ihm loyal ergeben war und auch im Konflikt mit Amin al Hussaini nicht gegen Amman optierte²⁸.

Das haschimitische Herrscherhaus versuchte außerdem, die legal zugelassene Muslimbruderschaft als Ausweis seines islamischen Denkens und Handelns zu präsentieren. Es fand in ihr einen Verbündeten, um die zunehmend erstarkende kommunistische Opposition zu delegitimieren, die die Bruderschaft ebenfalls entschieden bekämpfte, weil sie atheistische Überzeugungen propagierte²⁹. Das bedeutet: Die Beziehungen zwischen der palästinensischen und der transjordanischen Muslimbruderschaft wurden von politischen Konflikten bestimmt, die auf Amin al Hussaini zurückgingen und einer Kooperation beider Vereinigungen im Wege standen. Dezidiert palästinensische Themen spielten für die transjordanische Bruderschaft insofern keine Rolle, als sie den von König Abdallah reklamierten Anspruch auf Palästina nicht unmittelbar infrage stellte. Sie wollte zwar nationale Rechte der Palästinenser nur in der *'umma* (أُمَّة), der Gemeinschaft aller Muslime, die ohne nationale Grenzen zusammenlebten und von islamischen Gelehrten regiert wurden, verwirklichen, strebte dieses Ziel jedoch langfristig an³⁰. Demgegenüber verweist Shmuel Bar auf das charakteristische Merkmal der palästinensischen Muslimbruderschaft der West Bank und des Gazastreifens, die einen auf die palästinensische Sicht zentrierten Ansatz verfolgte, der sich von den

²⁷ Vgl. ebd., S. 27; Cohen, West Bank, S. 144f.; Tal, Radical Islam, S. 167, 187; Awaisi, Muslim Brothers, S. 148–150. Zur Gründung Transjordanien u. zur Rolle Großbritanniens vgl. Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 19; Nowar, Trans-Jordan, S. 1–73; ders., Hashemite Kingdom of Jordan, S. 21–47, 161–212; Teitelbaum, Rise and Fall, S. 152–166; Bar, Muslim Brotherhood, S. 6, 13.

²⁸ Vgl. ebd., S. 6–16; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 23–32; Barghouti, Islamist Movements, S. 164; Boulby, Kings of Jordan, S. 46f.; Nowar, Jordanian-Israeli War, S. 406f.; Cohen, West Bank, S. 144–148; Sayigh, Struggle, S. 51f.; Tal, Radical Islam, S. 187, 203; Schueftan, Palestinians, S. 130.

²⁹ Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 5–27; Tal, Radical Islam, S. 187–203; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 28. Zur KP Jordaniens vgl. Cohen, West Bank, S. 27–34. Die Haschimiten beanspruchten für sich, in Verwandtschaft u. Nachkommenschaft zum Propheten Muhammad zu stehen. Sie legitimierten ihre Herrschaft maßgeblich durch diesen islamischen Bezug, vgl. Susser, Hashemites, S. 1; Teitelbaum, Rise and Fall, S. 2, 9.

³⁰ Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 6–16, 29; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 23–26; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 361; Boulby, Kings of Jordan, S. 47; Barghouti, Islamist Movements, S. 165. Zum Umma-Konzept der Muslimbruderschaft vgl. auch Awaisi, Approach, S. 227–232.

transnationalen, islamischen Konzepten der anderen Bruderschaften unterschied³¹.

Im ersten arabischen Krieg gegen Israel 1948 stellten die ägyptische sowie die syrische Muslimbruderschaft Schätzungen zufolge bis zu 1000 Mann³². Der militärische Kampf gegen den Zionismus war aber noch nicht ihr primäres Ziel, auch wenn die Befreiung Palästinas bereits damals als „Heiliger Krieg“ verstanden wurde³³. Bevor die Auseinandersetzung mit dem Staat der Juden tatsächlich – ohne Teilhabe nationaler arabischer Regierungen – als bewaffneter *ǧihād* (جهاد) ausgetragen werden sollte, galt es gemäß der Überzeugung der Muslimbrüder, die Gesellschaft religiös-islamisch zu bilden³⁴.

Die arabische Niederlage 1948/49 veränderte die Rahmenbedingungen für die Arbeit der ägyptischen, transjordanischen und palästinensischen Muslimbruderschaft fundamental. Hinsichtlich der östlich und westlich des Jordans entstandenen Organisationen war dies hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass König Abdallah das Westjordanland und Ost-Jerusalem bis Anfang 1949 besetzt und im April 1950 annektiert hatte. In der Folge gründete sich das heutige Haschimitische Königreich Jordanien³⁵. Dass Abdallah nun das zentrale Territorium Palästinas beherrschte, isolierte Amman noch weiter innerhalb der arabischen Gemeinschaft, die den König bereits wegen seiner Sondierungen mit Israel des Verrats bezichtigte³⁶. Zudem verstärkte dieser Schritt die Rivalität Ammans mit Ägypten und Saudi-Arabien und stellte Jordanien vor neue innenpolitische Probleme: „The state’s absorption of a Palestinian population created a major hurdle in the Hashemite quest for political legitimacy and in the foregoing of a Jordanian national identity.“³⁷ Jordaniens Bevölkerung verdreifachte sich aufgrund der in der West Bank lebenden palästinensischen Flüchtlinge³⁸. Wie Boulby zutreffend bemerkt, bestand die Absicht Abdallahs darin, die Palästinenser als jordanische Staatsbürger zu integrieren. Es war nicht vorgesehen, eine eigenständige, palästinensische Nation aufzubauen³⁹. Die Muslimbruderschaft konnte hierbei eine stabilisierende Funktion erfüllen, da sie sich um die sozialen und politischen Belange der paläs-

³¹ Vgl. Bar, *Muslim Brotherhood*, S. 10.

³² Vgl. Khazendar, *Palestine Question*, S. 135f.; Bar, *Muslim Brotherhood*, S. 11; Murtaza, *Muslimbruderschaft*, S. 104f.; Krämer, *Banna*, S. 77f.; Harris, *Egypt*, S. 184.

³³ Vgl. Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 23f.; Croitoru, *Hamas*, S. 28–36; Awaisi, *Muslim Brothers*, S. 10–16, 123–137; ders., *Approach*, S. 235–241.

³⁴ Vgl. ebd., S. 236–241; ders., *Muslim Brothers*, S. 135–137, 208f.; Gershoni, *Muslim Brothers*, S. 383f.; Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 121f.; Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism*, S. 23; Tal, *Radical Islam*, S. 22; Halverson, *Sunni Islam*, S. 98f.

³⁵ Vgl. Tessler, *Conflict*, S. 276f.; Nowar, *Jordanian-Israeli War*, S. 337–356; Shlaim, *Collusion*, S. 231–244, 393–425, 558f.; Sayigh, *Struggle*, S. 15f.; Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 22; Boulby, *Kings of Jordan*, S. 5, 13; Gandolfo, *Palestinians*, S. 2f.

³⁶ Zu den israelisch-jordanischen Kontakten vgl. Rubin, *Arab States*, S. 205–215; Shlaim, *Collusion*, S. 122–154, 205–286, 534–597, 613–622; Gandolfo, *Palestinians*, S. 10f., 42–47.

³⁷ So Boulby, *Kings of Jordan*, S. 4f., 13. Vgl. auch Maddy-Weitzman, *Chafing at the Bit*, S. 191f.; Tessler, *Conflict*, S. 278.

³⁸ Vgl. Boulby, *Kings of Jordan*, S. 14; Nowar, *Jordanian-Israeli War*, S. 367; Sayigh, *Struggle*, S. 41f.

³⁹ Vgl. ebd.; Boulby, *Kings of Jordan*, S. 14f., 22; Friedlander, *Autonomy*, S. 203; Gandolfo, *Palestinians*, S. 10f., 42–47.

tinensischen Flüchtlinge bemühte – dies aber eben nicht gegen offizielle Interessen, sondern mit Billigung der Regierung tat⁴⁰. Durch diese kontrollierte Existenz einer islamistischen Vereinigung, die die liberale Einstellung Ammans gegenüber islamischen Werten dokumentieren sollte, konnte Jordanien auch entschiedener gegen andere religiös-fundamentalistische Gruppierungen innenpolitisch vorgehen, vor allem gegen die verbotene, aber dennoch immer stärkeren Rückhalt genießende Partei der Befreiung⁴¹.

Wichtig war dabei, dass König Abdallah nicht nur Transjordanien und das Westjordanland zusammenschloss, sondern auch die transjordanische und die palästinensische Bruderschaft vereinte. Mit Beginn der Besetzung der West Bank 1948 verschmolzen beide Zweige zu einer neuen, gesamtjordanischen Organisation – die ihre monarchiefreundlichen Überzeugungen beibehielt⁴². Im Gegensatz zur Partei der Befreiung kandidierte die Bruderschaft auch bei Parlamentswahlen und galt ab Ende 1953 nicht mehr nur als eine Wohlfahrts-gesellschaft, sondern als „allgemeines umfassendes islamisches Komitee“, das seinen „Handlungsspielraum in den gesetzlichen Schranken vom rein sozialen auf den politischen Bereich ausdehnen“ konnte, so Denis Engelleder⁴³. Während der Krise in Jordanien zwischen 1954 und 1956, die mit der Niederschlagung von Streiks und Protesten sowie der Festnahme Oppositioneller endete, wich die Bruderschaft nicht von ihrer loyalen Haltung gegenüber dem König ab und gehörte zu den wenigen politischen Vereinigungen im Land, die nicht verboten wurden⁴⁴. Amman untersagte allerdings bereits 1950, neue Organisationen der Bruderschaft im Westjordanland zu gründen. Man fürchtete, die Muslimbrüder könnten unter den dortigen palästinensischen Flüchtlingen noch mehr Anhänger rekrutieren. Dann hätten allerdings die weniger regierungstreuen Vertreter der West Bank innerhalb der gesamtjordanischen Muslimbruderschaft ein Übergewicht gegenüber den alten, die „loyale Opposition“ stellenden Eliten der transjordanischen Bruderschaft der East Bank erlangt⁴⁵. Bis Anfang der 1950er Jahre ging die Zahl der Mitglieder der vormals mehrere Zehntausend Personen umfassenden palästinensischen Bruderschaft der

⁴⁰ Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 16–24; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 4; Boulby, Kings of Jordan, S. 37–40; Tal, Radical Islam, S. 187, 191, 203; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 27; Sayigh, Struggle, S. 51 f.; Cohen, West Bank, S. 145 f., 166–169.

⁴¹ Vgl. Tal, Radical Islam, S. 176, 187; Bar, Muslim Brotherhood, S. 5 f., 18–24; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 50–55; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 4; Boulby, Kings of Jordan, S. 38, 51–65; Milton-Edwards, Islamist Movement, S. 124–126.

⁴² Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 7, 12–24; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 4–8; Boulby, Kings of Jordan, S. 51 f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 31; Barghouti, Islamist Movements, S. 164. In den von Israel 1948/49 besetzten Gebieten des Westjordanlandes wurde die Muslimbruderschaft aufgelöst, vgl. Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 33.

⁴³ So ebd., S. 38. Vgl. auch Boulby, Kings of Jordan, S. 53; Tal, Radical Islam, S. 189–191; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 69 f.; Barghouti, Islamist Movements, S. 164 f.; Bar, Muslim Brotherhood, S. 14, 19.

⁴⁴ Vgl. Cohen, West Bank, S. 149–151; Boulby, Kings of Jordan, S. 20–22, 39, 52–65; Bar, Muslim Brotherhood, S. 20–28; Tal, Radical Islam, S. 187, 191 f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 38–46.

⁴⁵ Vgl. Cohen, West Bank, S. 148; Bar, Muslim Brotherhood, S. 6, 15 f.; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 6.

West Bank auf weit unter 1000 zurück, was Engelleder unter anderem mit einer einsetzenden Abwanderung nach Ägypten im Anschluss an die Intervention Abdallahs im Westjordanland begründet⁴⁶.

Die Kooperation zwischen Banna und Hussaini endete, nachdem die palästinensische und die transjordanische Bruderschaft vereinigt worden waren. Denn Amin al Hussaini verlor dadurch die Kontrolle über die Muslimbruderschaften des Westjordanlandes sowie Jerusalems⁴⁷. In Ägypten sah sich die islamistische Bewegung Bannas zudem immer stärkerer staatlicher Repression ausgesetzt, nachdem sie bereits Ende des Jahres 1948, noch unter Herrschaft König Faruqs, verboten worden war⁴⁸. Die ägyptischen Muslimbrüder hatten ab Mitte der 1930er Jahre massiv an Unterstützung gewonnen. Sie zählten zu Beginn der 1950er Jahre rund eine halbe Million Mitglieder. Bis 1955 soll sich diese Zahl annähernd verdreifacht haben⁴⁹. Trotz des Verbotes der Bruderschaften 1948 sowie der Anfang 1949 erfolgten Ermordung Hassan al Bannas und der fast zweijährigen Suche nach einem Nachfolger behauptete sich die Muslimbruderschaft in Ägypten⁵⁰. Sie wurde aber von dem 1952 an die Macht gelangten neuen Präsidenten Gamal Abd al Nassir als Gefahr für seinen national-säkularen Führungsanspruch wahrgenommen und ab spätestens 1954 exzessiv verfolgt⁵¹. Auch wenn diese verschärfte Repression die Tätigkeit der Bruderschaft im Land stark einschränkte und viele führende Anhänger zwang, ins Exil zu gehen, konzentrierte sich die Bruderschaft auch danach auf die Arbeit in Ägypten sowie im Gazastreifen⁵².

Die Gründung der Fatah

Für die Fatah waren diese Entwicklungen in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Die Organisation entstand 1958/59 auf Initiative von Jassir Arafat, Salah Khalaf

⁴⁶ Vgl. Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 22, 31. Vgl. auch Teitelbaum, *Pilgrimage Politics*, S. 65–84; Maddy-Weitzman, *Chafing at the Bit*, S. 184–191; Podeh, *Age-Old Rivalry*, S. 85–108.

⁴⁷ Vgl. Bar, *Muslim Brotherhood*, S. 13–16; Elpeleg, *Mufti*, S. 214f.; Barghouti, *Islamist Movements*, S. 164f.

⁴⁸ Vgl. Murtaza, *Muslimbruderschaft*, S. 104f.; Krämer, *Banna*, S. 29; Maréchal, *Muslim Brothers*, S. 26; Tal, *Radical Islam*, S. 23f.; Halverson, *Sunni Islam*, S. 101.

⁴⁹ Vgl. Awaisi, *Muslim Brothers*, S. 135; Carré/Seurat, *Frères musulmans*, S. 21; Maréchal, *Muslim Brothers*, S. 23–27; Gershoni, *Muslim Brothers*, S. 369, 382; Lia, *Muslim Brothers*, S. 256; Murtaza, *Muslimbruderschaft*, S. 45, 103; Krämer, *Banna*, S. 45–57, 69; Harris, *Egypt*, S. 159; Zollner, *Muslim Brotherhood*, S. 10; Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 23.

⁵⁰ Vgl. Zollner, *Muslim Brotherhood*, S. 14–22; Murtaza, *Muslimbruderschaft*, S. 104–116; Tal, *Radical Islam*, S. 23f.; Krämer, *Banna*, S. 66–79; Croitoru, *Hamas*, S. 37–42; Harris, *Egypt*, S. 185–188; Halverson, *Sunni Islam*, S. 84f., 100–103.

⁵¹ Vgl. Zollner, *Muslim Brotherhood*, S. 25–31; Cohen, *West Bank*, S. 152f.; Harris, *Egypt*, S. 195–199, 213–225; Carré/Seurat, *Frères musulmans*, S. 52–75; Tal, *Radical Islam*, S. 24f., 35–37; Milton-Edwards, *Islamic Politics*, S. 46–51, 64f.

⁵² Vgl. Zollner, *Muslim Brotherhood*, S. 36–43; Krämer, *Banna*, S. 55–57; Maréchal, *Muslim Brothers*, S. 27–37; Harris, *Egypt*, S. 209–211; Murtaza, *Muslimbruderschaft*, S. 136–138, 162–170; Tal, *Radical Islam*, S. 24f., 35–37; Halverson, *Sunni Islam*, S. 103; Croitoru, *Hamas*, S. 37–42.

und Khalil al Wazir⁵³. Wenig später traten ihr auch Faruq al Qaddumi, die Brüder Khalid und Hani al Hassan sowie Mahmud Abbas bei⁵⁴. Arafat, Khalaf und Wazir kannten sich seit mehreren Jahren, vor allem über den von Arafat zwischen 1952 und 1957 in Ägypten aufgebauten und von ihm geführten Verband palästinensischer Studenten⁵⁵. Außerdem wurden alle drei ähnlich sozialisiert. Sie teilten die Erfahrung des Exils und die Werte der Muslimbruderschaft, der sich sowohl Salah Khalaf als auch Khalil al Wazir am Ende der 1940er Jahre angeschlossen hatten⁵⁶. Von Jassir Arafat ist eine längerfristige Mitgliedschaft nicht belegt, jedoch von seinem Vater⁵⁷. Auch wenn nicht feststeht, ob sich Arafat dauerhaft in dieser islamistischen Organisation einbrachte, geht die Forschung davon aus, dass auch er ihr zumindest bis zur Gründung der Fatah angehörte; in jedem Fall unterhielt Arafat aus Überzeugung auch nach 1958/59 noch Kontakte zur Muslimbruderschaft⁵⁸.

Jassir Arafat wurde 1929 in Kairo geboren, sein Vater war ein Händler, der aus dem Gazastreifen stammte⁵⁹. Mütterlicherseits war Arafat mit Amin al Hussaini verwandt⁶⁰. Nach dem Tod der Mutter zog die Familie 1933 nach Jerusalem; Arafat erlebte dort als Kind den Aufstand gegen die jüdischen Siedler und die britischen Truppen mit. Ab 1937 befand sich die Familie wieder in Kairo, wo Arafat nach Rückkehr Amin al Hussainis im Juni 1946 für diesen arbeitete⁶¹. Wie

⁵³ Vgl. Kurz, Fatah, S. 23–30; Alexander, Secular Terrorism, S. 1; Aburish, Arafat, S. 30–38; Hart, Arafat, S. 121, 127; Rubinstein, Arafat, S. 63; Sayigh, Struggle, S. 84; Weingardt, Nahostpolitik, S. 71; Karmon, Coalitions, S. 235; Quandt, Nationalism, S. 83.

⁵⁴ Vgl. Rubinstein, Arafat, S. 63; Kurz, Fatah, S. 31; Sayigh, Struggle, S. 80–87; Hart, Arafat, S. 121, 127, 154.

⁵⁵ Vgl. Sayigh, Struggle, S. 81–83; Frangi, PLO und Palästina, S. 131; Kurz, Fatah, S. 29; Karmon, Coalitions, S. 235; Rubin/Rubin, Arafat, S. 20; Bröning, Parties, S. 68f.

⁵⁶ Vgl. Aburish, Arafat, S. 30–49, 57; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. xv, 28; Kapeliouk, Arafat, S. 45–49; Rubinstein, Arafat, S. 34; Kurz, Fatah, S. 29f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 46f.; Frisch, Hamas, S. 89; Karmon, Coalitions, S. 235; Croitoru, Hamas, S. 40f.; Hart, Arafat, S. 34; Jamal, Palestinian National Movement, S. 104; Sayigh, Struggle, S. 80–87; Khazendar, Palestine Question, S. 136; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 45; dies./Farrell, Hamas, S. 35. Bei Khalaf, Heimat, S. 42, heißt es: „Wie Yasser [Arafat] war auch ich [Khalaf] keiner politischen Partei beigetreten, obwohl ich starke Sympathien für die Muslimbrüder hegte.“

⁵⁷ Vgl. Aburish, Arafat, S. 39f.; Gowers/Walker, Myth, S. 15; Alexander, Secular Terrorism, S. 13; Hart, Arafat, S. 75; Becker, PLO, S. 41; Chamberlin, Offensive, S. 14f.; Jamal, Palestinian National Movement, S. 104.

⁵⁸ Vgl. ebd.; Gowers/Walker, Myth, S. 15, 23; Primakov, Arabs, S. 222; Aburish, Arafat, S. 30–40; Kapeliouk, Arafat, S. 15–18, 27; Sayigh, Struggle, S. 81; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 46; Quandt, Nationalism, S. 83; Khazendar, Palestine Question, S. 136; Karmon, Coalitions, S. 235, 272; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 89; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. xv, 28, 47–49.

⁵⁹ Vgl. Rubinstein, Arafat, S. 24f.; Gowers/Walker, Myth, S. 12; Aburish, Arafat, S. 17–19; Kapeliouk, Arafat, S. 25f.; Rubin/Rubin, Arafat, S. 12; Hart, Arafat, S. 67f.; Becker, PLO, S. 41; Beeri, Leadership, S. 456; Bröning, Parties, S. 68f.

⁶⁰ Vgl. Aburish, Arafat, S. 17f.; Gowers/Walker, Myth, S. 85; Kapeliouk, Arafat, S. 25; Becker, PLO, S. 41; Sayigh, Struggle, S. 81; Beeri, Leadership, S. 456.

⁶¹ Vgl. Aburish, Arafat, S. 22–31; Saint-Prot, Arafat, S. 65f.; Hart, Arafat, S. 69–72; Livingstone/Halevy, PLO, S. 64; Rubinstein, Arafat, S. 31, 36; Rubin/Rubin, Arafat, S. 14; Gowers/Walker, Myth, S. 13f.; Kapeliouk, Arafat, S. 26–28, 38–40; Pisano, Arafat, S. 64–68.

Saïd Aburish, Amnon Kapeliouk und Charles Saint-Prot schildern, unterstützte Jassir Arafat auch während des Krieges ab Mai 1948 von Gaza aus die gegen Israel kämpfenden arabischen Verbände im Auftrag Hussainis; unter Leitung der Muslimbruderschaft war Arafat in den Gazastreifen gereist und hatte bereits in Kairo mit ihr zusammengearbeitet⁶². Ende 1949 nahm Jassir Arafat in der ägyptischen Hauptstadt gemeinsam mit Salah Khalaf sein Studium auf⁶³. Beide betrachteten die Gründung Israels und die unmittelbar vorangegangene militärische Niederlage als Versagen der arabischen Staaten. Khalaf und Arafat schlussfolgerten, dass man nicht auf die Hilfe der ägyptischen, syrischen, irakischen oder jordanischen Regierungen hoffen durfte, sondern die Palästinenser mobilisiert werden mussten⁶⁴.

Die von Arafat 1952 gegründete Studentenorganisation war die Vorläuferin der späteren Fatah. Mit dieser frühen Arbeit sammelte man nicht nur politische Erfahrung und knüpfte erste Kontakte im In- und Ausland, sondern formulierte bereits eine palästinensisch-nationale Programmatik, die eine junge Generation der Palästinenser ansprechen sollte⁶⁵. Abdallah Frangi schreibt: „Die Studentenvereinigung war die erste palästinensische Organisation, die den Palästinensern die Gelegenheit gab zu einem Dialog zwischen den verschiedenen politischen Strömungen und Parteien über das Schicksal des palästinensischen Volkes.“⁶⁶ Arafats Studentenverband arbeitete mit der ägyptischen Muslimbruderschaft im Gazastreifen zusammen und zählte zu den Organisationen, die die palästinensischen Flüchtlinge islamisch ausbildeten⁶⁷. Berührungspunkte mit den Islamisten Ägyptens hatten sich für Jassir Arafat aber nicht erst um 1952 ergeben, sondern schon mehrere Jahre zuvor, aufgrund der Kontakte zwischen ihm und Amin al Hussaini ab 1946 und dem zeitgleich stattfindenden Aufbau der palästinensischen Bruderschaft im Westjordanland sowie im Gazastreifen. Viele der späteren Gründungsmitglieder der Fatah lebten damals noch dort und waren teilweise bereits als Muslimbrüder tätig⁶⁸.

Die Verbindungen mit der islamistischen Bruderschaft sowie Amin al Hussaini in Kairo ab Ende der 1940er Jahre und die in Kindheit und Jugend erfahrene reli-

⁶² Vgl. Aburish, Arafat, S. 30–33; Kapeliouk, Arafat, S. 38f.; Hart, Arafat, S. 71–75; Rubinstein, Arafat, S. 31; Saint-Prot, Arafat, S. 65f.

⁶³ Jassir Arafat studierte Ingenieurwesen, vgl. Beeri, Leadership, S. 456; Rubinstein, Arafat, S. 26f., 63; Livingstone/Halevy, PLO, S. 64f.; Hart, Arafat, S. 83, 113; Rubin/Rubin, Arafat, S. 19f.; Sayigh, Struggle, S. 81.

⁶⁴ Vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 19f.; Gowers/Walker, Myth, S. 14–16; Kurz, Fatah, S. 23; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 128; Pisano, Arafat, S. 101–104.

⁶⁵ Vgl. Bröning, Parties, S. 69; Aburish, Arafat, S. 38–44; Kapeliouk, Arafat, S. 45–47; Livingstone/Halevy, PLO, S. 64f.; Beeri, Leadership, S. 457; Sayigh, Struggle, S. 80–87; Hart, Arafat, S. 89f.; Karmon, Coalitions, S. 235f.; Quandt, Nationalism, S. 83.

⁶⁶ So Frangi, PLO und Palästina, S. 131.

⁶⁷ Vgl. Sayigh, Struggle, S. 80f.; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 8; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 34f., 46f.; Kapeliouk, Arafat, S. 45; Bröning, Parties, S. 68f.

⁶⁸ Vgl. Aburish, Arafat, S. 30–39; Karmon, Coalitions, S. 235; Hart, Arafat, S. 71–76. Ob Arafat, Wazir o. Khalaf auch den ab 1939/40 gegründeten paramilitärischen Jugendorganisationen der Muslimbrüder angehörten, die um 1945 mehr als 20 000 Mitglieder umfasst haben sollen, ist unbekannt. Zu diesen Organisationen vgl. Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 86f.; Lia, Muslim Brothers, S. 247–256.

giöse Erziehung waren für das Denken und politische Handeln Arafats prägend⁶⁹. Die Fatah entstand 1958/59 zwar als palästinensisch-nationale Bewegung, aber zu Recht spricht Denis Engelleder von der Fatah als einem „Spross des islamistischen Lagers“⁷⁰. Denn die Führungspersönlichkeiten der Fatah hatten lange Jahre im Gazastreifen, dem Westjordanland und Jerusalem mit den Muslimbrüdern zusammengearbeitet. Die seinerzeit aufgebauten Netzwerke sowie die erhaltene Unterstützung wirkten als ein konstitutives Element der Fatah, auch wenn diese sich als säkular verstand – nicht zuletzt deshalb, um sich von den Bruderschaften abzugrenzen⁷¹.

Dass Jassir Arafat ein viel engeres Verhältnis zur ägyptischen als zur transjordanischen Bruderschaft herstellte, resultierte nicht allein aus Arafats Präsenz in Kairo, wo er studierte. Ursachen waren vielmehr die Kooperation zwischen Amin al Hussaini und Hassan al Banna sowie die Zuständigkeit der ägyptischen Muslimbruderschaft für die im Aufbau befindliche palästinensische Organisation in Gaza und der West Bank. Außerdem hatte König Abdallah im Gegensatz zur Partei der Befreiung davon abgesehen, die jordanische Muslimbruderschaft zu verbieten⁷². Die Regimennähe der transjordanischen Bruderschaft war ein weiterer wichtiger Grund dafür, dass sich der spätere Kern der Fatah ab 1948 – als die vormals von Hussaini und Banna geleitete palästinensische Abteilung der Muslimbrüder von der transjordanischen Organisation übernommen wurde – nicht nur räumlich von der neu gebildeten jordanischen Bruderschaft distanzierte und die Zusammenarbeit mit der weitaus regierungskritischeren ägyptischen Muslimbruderschaft suchte. Arafat, Khalaf und Wazir warfen den jordanischen Muslimbrüdern vor, eine antipalästinensische Haltung einzunehmen, und verurteilten, dass die Muslimbruderschaft in Jordanien weder 1956/57 von der Regierung abrückte, als sie die Opposition im Land angriff, noch die nationalen Ziele der Palästinenser unterstützte⁷³.

Im Jahr 1957 befanden sich Arafat und Khalaf in Kuwait und Katar. Die ab 1954 verschärfte ägyptische Verfolgung und der Suezkonflikt 1956 mit der anschließenden israelischen Besetzung des Gazastreifens hatten sie dazu bewegt, nach Abschluss ihres Studiums Kairo zu verlassen⁷⁴. Sie hielten aber nicht nur die

⁶⁹ Vgl. Aburish, Arafat, S. 32; Beeri, Leadership, S. 456; Pisano, Arafat, S. 42–79; Kapeliouk, Arafat, S. 15–27; Hart, Arafat, S. 33f., 75f., 84.

⁷⁰ So Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 135.

⁷¹ Vgl. ebd., S. 46f., 122f., 135; Cohen, West Bank, S. 208; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 54; Shemesh, Entity, S. 154; Aburish, Arafat, S. 32f., 58–77; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. xv, 28; Sayigh, Palestinians, S. 127–129; ders., Struggle, S. 86, 90; Kurz, Fatah, S. 29–33; Maréchal, Muslim Brothers, S. 30; Jensen, Hamas, S. 17. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 99, hebt hervor, dass die Fatah von kommunistischen arabischen Parteien gerade aufgrund ihrer Bezüge zur Muslimbruderschaft angegriffen u. diffamiert worden sei. Zur ideologischen Ausrichtung der Fatah vgl. auch Alexander, Secular Terrorism, S. 5–7; Quandt, Nationalism, S. 89, 96–99, 107.

⁷² Vgl. Boulby, Kings of Jordan, S. 3, 37–39; Bar, Muslim Brotherhood, S. 10–21; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 27–35.

⁷³ Vgl. Boulby, Kings of Jordan, S. 20f., 39.

⁷⁴ Vgl. Aburish, Arafat, S. 49f.; Rubinstein, Arafat, S. 26f., 63; Hart, Arafat, S. 113; Kapeliouk, Arafat, S. 50f.; Sayigh, Struggle, S. 84; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 7f.; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 47–54; Bröning, Parties, S. 69f.; Smith, Conflict, S. 271.

Verbindung mit der Muslimbruderschaft Ägyptens, sondern blieben stark beeinflusst von islamischen Werten, die kommunistische Anschauungen als ungeeignet für die Lösung der Probleme der Palästinenser und den Aufbau einer Gesellschaftsordnung nach der „Befreiung“ Palästinas vom Zionismus erscheinen ließen. Denn die Doktrin der Fatah wehrte sich – wie die der Muslimbrüder – gegen atheistische Vorstellungen⁷⁵. Dies hinderte die Fatah aber nicht, realpolitischer Zweckmäßigkeit Rechnung zu tragen und eine Ideologie zu formulieren, die den antiimperialistischen Kampf propagierte. Denn auch die arabisch-israelische Auseinandersetzung wurde von der Ost-West-Konfrontation bestimmt⁷⁶.

Im Nachgang der Suezkrise und der kurz bevorstehenden Proklamation der haschimitischen irakisch-jordanischen Allianz schlossen sich im Februar 1958 Ägypten und Syrien zur „Vereinigten Arabischen Republik“ zusammen. Dieser Schritt änderte nicht zuletzt Nassirs Zugang zur Palästinafrage und vor allem die bis dahin den Palästinensern im Gazastreifen, den Kairo seit März 1957 nach zweijähriger israelischer Besetzung wieder verwaltete, gewährte politische Unterstützung⁷⁷. Der ägyptische Präsident beabsichtigte, die palästinensischen Flüchtlinge dem Einfluss der Muslimbruderschaft zu entziehen und sie gegenüber Saudi-Arabien und Jordanien stärker zu instrumentalisieren. Erst diese Entscheidung Nassirs ließ die eigenständige palästinensische Identität innerhalb des damaligen arabischen Staatengefüges stärker Kontur annehmen⁷⁸. So befasste sich im März 1959 die Liga der arabischen Staaten auf Antrag der Vereinigten Arabischen Republik zum ersten Mal mit Fragen einer „Palestinian entity“, „a historical turning point in the Egyptian path to a solution of the Palestinian problem“⁷⁹. Bis dahin hatte die Palästinafrage innerarabisch niemals als ein nationales – wie es der Begriff der sogenannten Entität suggerierte –, sondern lediglich als ein humanitäres Problem gegolten⁸⁰.

Arafat erkannte die Bedeutung der von Ägypten 1958/59 eingeleiteten politischen Maßnahmen zugunsten der Palästinenser. Die Fatah entstand in dieser

⁷⁵ Vgl. Sayigh, *Palestinians*, S. 128; ders., *Struggle*, S. 84–86; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 89; Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism*, S. xv; Boulby, *Kings of Jordan*, S. 93; Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 46f., 135; Karmon, *Coalitions*, S. 235; Quandt, *Nationalism*, S. 83, 89.

⁷⁶ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 88–92; ders., *Palestinians*, S. 125–129, 153f.; Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 216.

⁷⁷ Vgl. Shemesh, *Entity*, S. 1–7; Golan, *Uneasy Alliance*, S. 6; Aburish, *Arafat*, S. 63–67; Kapeliouk, *Arafat*, S. 51–54; Pearlman, *Palestinian National Movement*, S. 129; Milton-Edwards, *Islamic Politics*, S. 53f.; Weingardt, *Nahostpolitik*, S. 69; Schueftan, *Palestinians*, S. 130–132; Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 69; Sayigh, *Struggle*, S. 27–29.

⁷⁸ Vgl. Shemesh, *Entity*, S. 1–7; ders., *Founding*, S. 105–121; Pearlman, *Palestinian National Movement*, S. 128–133; Sayigh, *Struggle*, S. 75–78; Dann, *Hussein*, S. 78–95, 102–113; Milton-Edwards, *Islamic Politics*, S. 53; Kurz, *Fatah*, S. 28f.; Schueftan, *Palestinians*, S. 130–132.

⁷⁹ So Shemesh, *Founding*, S. 105, 107. Vgl. auch ders., *Entity*, S. 1; Dann, *Hussein*, S. 108–113; Pearlman, *Palestinian National Movement*, S. 129; Kurz, *Fatah*, S. 17, 28f.; Golan, *Uneasy Alliance*, S. 6.

⁸⁰ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 35–57, 92–96; Shemesh, *Entity*, S. 1–20; ders., *Founding*, S. 105–119, 126–128; Ma'oz/Sela, *PLO*, S. 99f.; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 110–118; Harkabi, *Covenant*, S. 27–33.

Zeit. Arafat, Khalaf und Wazir antworteten mit ihrer Organisation auf die versuchte ägyptische Vereinnahmung des Palästinaproblems⁸¹. Das Ziel der Fatah war ein Staat von Christen, Muslimen und Juden in ganz Palästina, der in seinen Entscheidungen gegenüber den Nachbarländern Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon souverän war und den eine palästinensisch-arabische Mehrheit regierte⁸². Die Palästinenser sollten emanzipiert werden von Ansprüchen der arabischen Staaten – ohne dabei religiösen Weltanschauungen programmatisch Vorrang vor nationalen Zielen einzuräumen⁸³. Arafats Fatah propagierte einen dritten Weg zwischen der panarabisch-nationalen Ideologie Nassirs und den islamistischen Vorstellungen der Muslimbrüder, die die Palästinenser zunächst islamisch bilden und auf ihren Kampf gegen Israel vorbereiten wollten; nach dem „Heiligen Krieg“ sollte, angeführt von islamischen Gelehrten, die Grundlage für die Umma geschaffen werden⁸⁴. Das Programm der Fatah hingegen erkannte weder den Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen an noch einen arabischen Kampf um Palästina, der nicht dem palästinensischen Nationalismus diene, der also nicht die Voraussetzungen schuf, dass sich die Palästinenser selbstbestimmt verwirklichen konnten⁸⁵. Die panarabische Vorstellung Nassirs und das Umma-Konzept der Muslimbrüder bestritten zwar auch die Legitimität Israels, aber eine souveräne palästinensische Nation war nur für die Fatah ein erklärtes Ziel.

Die Anfänge der ostdeutschen Palästinapolitik

Die Partei- und Staatsführung in Ost-Berlin nahm von den Entwicklungen der Palästinafrage in den 1950er Jahren offenbar nur begrenzt Notiz und legte in Bezug auf den nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker ihr Hauptaugenmerk auf den Algerienkonflikt⁸⁶. Anhand von Quellen lässt sich nicht belegen, dass die DDR in dieser Zeit die palästinensische Flüchtlingsproblematik oder das

⁸¹ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 87–94; Weingardt, *Nahostpolitik*, S. 71; Chamberlin, *Offensive*, S. 15.

⁸² Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 87–89; ders., *Palestinians*, S. 127f.; Kapeliouk, *Arafat*, S. 51–55; Quandt, *Nationalism*, S. 89, 96–99, 107. Vgl. auch Art. 12 u. 13 des Fatah-Grundsatzdokumentes in: Alexander, *Secular Terrorism*, S. 6.

⁸³ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 87–91, 100–107; Aburish, *Arafat*, S. 58f., 69–77; Karmon, *Coalitions*, S. 235–237; Kurz, *Fatah*, S. 23–33.

⁸⁴ Vgl. Aburish, *Arafat*, S. 58f., 69–77; Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism*, S. 23–26; Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 216; Barghouti, *Islamist Movements*, S. 165; Azzam, *Egypt*, S. 111; Khazendar, *Palestine Question*, S. 138–140; Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 121–123; Awaisi, *Muslim Brothers*, S. 2–16; Murtaza, *Muslimbruderschaft*, S. 58–74.

⁸⁵ Vgl. Alexander, *Secular Terrorism*, S. 5f.; Sayigh, *Struggle*, S. 87–94.

⁸⁶ Vgl. Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 176f. Vgl. auch die Aussagen der FDGB-Deklaration vom 02.01.1958: ADN: FDGB mit Arabern solidarisch, in: ND, 03.01.1958, S. 1. Auch in einem „Grundkonzept der arabischsprachigen Auslandspropaganda“ wurde noch im Oktober 1962 nicht das Palästinaproblem, sondern allein der algerische Befreiungskampf zum „Zentrum der revolutionären Bewegung im arabischen Raum“ erklärt, vgl. DRA, Karton: „Arabische Redaktion; frühe Unterlagen; Übergeben von Heinz Odermann“, Entwurf der Richtlinien für die Auslandspropaganda im arabischen Programm, 15. 10. 1962.

Entstehen eines arabischen Teilstaates gemäß der VN-Resolution 181 ausführlich thematisiert hätte. Auch die ersten separaten palästinensischen Bestrebungen der Fatah fanden in Ost-Berlin keine Aufmerksamkeit⁸⁷. In Regierungserklärungen und Stellungnahmen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) sprach man bis Anfang der 1960er Jahre auch nicht von Palästinensern oder palästinensischen Arabern. Aus diesem Grund wurde etwa auch die Gründung der „reaktionären“ Föderation zwischen den haschimitischen Monarchien in Amman und Bagdad 1958 kommentiert, ohne palästinensische Rechte einzufordern⁸⁸.

Wie Murielle Asseburg und Dov Ronen hervorheben, war das heute bekannte palästinensisch-nationale Selbstverständnis das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses. Der Anspruch auf Selbstbestimmung eines palästinensischen Volkes bildete sich erst infolge der Auseinandersetzung mit Israel und den arabischen Staaten heraus⁸⁹. Auch wenn es daher keineswegs ungewöhnlich war, dass die DDR in den 1950er Jahren keine Palästinapolitik betrieb, die auf die Gründung eines palästinensischen Staates zielte, und die bundesdeutsche Außenpolitik in dieser Zeit nationale Rechte der Palästinenser ebenso vernachlässigte, nahm Bonn im Gegensatz zu Ost-Berlin bereits 1952 seine regelmäßigen Zahlungen an das drei Jahre zuvor gegründete palästinensische Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, die UNRWA, auf⁹⁰. Die Höhe der westdeutschen UNRWA-Leistungen belief sich in den folgenden zehn Jahren auf eine Summe zwischen 6,5 und 9 Millionen DM⁹¹. Zum Vergleich: Ost-Berlin lieferte zum ersten und einzigen Mal im Juni 1989 Medikamente und Lebensmittel im Wert von rund 80 000 Mark an die UNRWA⁹². Die DDR ignorierte in den 1950er Jahren aber nicht nur das Flüchtlingshilfswerk der VN, sondern sah auch davon ab, signifikante Hilfen zugunsten der Palästinenser über die Liga der arabischen Staaten oder einzelne arabische Länder bereitstellen zu lassen.

In einem der ersten Dokumente des MfAA, das die Palästinafrage erörterte, hob die Ost-Berliner Regierung im Juli 1958 hervor, dass alle Schritte in Bezug auf dieses Problem ausschließlich im Einklang mit den Beschlüssen der Vereinten

⁸⁷ Die früheste MfAA-Akte mit Aufzeichnungen zur ostdeutschen Palästinapolitik enthält nur zwei Dokumente mit insgesamt 16 Blatt, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.740, „Palästinafrage; Juni 1958 – Mai 1962“. Auch Schwanitz, *Israel-Bild*, S. 63–73, geht in seiner Darstellung über die Nahostpolitik des SED-Staates zwischen 1946 u. 1970 ebenfalls nicht näher auf die Fatah, die Muslimbruderschaft o. die ägyptische Palästinapolitik ein. Auch Polkehn, *DDR*, S. 32–39, beginnt seine Abhandlung praktisch 1964 u. lässt damit die Sozialisierung u. Prägung der Fatah-Politiker u. die Entwicklung der Fatah unberücksichtigt.

⁸⁸ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.610, Regierungserklärungen über die Verurteilung der Aggression im Nahen Osten 1956–1958; PA-AA, Bestand MfAA, A 12.663, Lage im Nahen Osten und die Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten 1961; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.678, Vereinigung des Irak und Jordaniens zur Arabischen Föderation 1958.

⁸⁹ Vgl. Ronen, *Self-Determination*, S. 86–89; Asseburg, *Selbstbestimmung*, S. 88.

⁹⁰ Vgl. Debrates, *UNRWA*, S. 125. Zur Gründung der UNRWA vgl. UN A/RES/IV/302, Resolution, 08. 12. 1949.

⁹¹ Vgl. Debrates, *UNRWA*, S. 125.

⁹² Vgl. BArch, DZ 8/605, Bericht, Juni 1989; BArch, DZ 8/605, Direktive, 24. 02. 1988.

Nationen erfolgen könnten⁹³. Differenziert und keineswegs pauschal antiisraelisch gingen die DDR-Diplomaten auf die Ergebnisse des Krieges von 1948/49 ein. So hieß es, die Grenzen des arabischen sowie des jüdischen Staates in Palästina würden weiterhin durch die Resolution 181 von 1947 und nicht von den Waffenstillstandsresolutionen bestimmt. Israel sowie die arabischen Länder, vor allem Jordanien und Ägypten, hätten – so das MfAA – die von ihnen 1948 eroberten Gebiete unrechtmäßig annektiert. Insofern verstießen beide Seiten, Israel *und* die arabischen Staaten, gegen den Willen der Vereinten Nationen, indem sie das Territorium des in Resolution 181 beschriebenen arabischen Teilstaates besetzt hielten. Bemerkenswert waren neben dieser richtigen, ausgewogenen Wertung des Papiers von 1958 die Empfehlungen, die das Ministerium in Bezug auf die Politik gegenüber Ägypten und dem von Amin al Hussaini kontrollierten „All Palestine Government“ aussprach⁹⁴.

Diese sogenannte Regierung Palästinas entstand 1948 im Kontext des ersten arabischen Krieges gegen Israel. Sie wurde durch das 1945 von der Liga der arabischen Staaten wiederbelebte „Arab Higher Committee“ (AHC) eingesetzt. Das AHC existierte seit Mitte der 1930er Jahre, wobei es bereits seinerzeit von Amin al Hussaini geführt wurde⁹⁵. Weil an der Spitze dieses „All Palestine Government“ Hussaini stand, wurde es von Jordanien entschieden abgelehnt. Nach der von König Abdallah 1950 vollzogenen Annexion des Westjordanlandes und trotz der Entfernung Amin al Hussainis aus dem Amt des Mufti Jerusalems durch Jordanien im Dezember 1948 befürchtete Amman, Hussaini und das „All Palestine Government“ könnten die in der West Bank und Ost-Jerusalem lebenden Palästinenser radikalieren. Die von Saudi-Arabien und Ägypten indirekt über Hussaini versuchte Instrumentalisierung des Palästinaproblems zum Nachteil Jordaniens war eine der Hauptursachen des innerarabischen Dissenses über das AHC beziehungsweise das „All Palestine Government“⁹⁶.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten meinte im Juli 1958, dass eine das „All Palestine Government“ unterstützende Haltung oder sogar die Anerkennung dieser „Regierung“ vonseiten der DDR negative Folgen mit sich bringe. Denn weder Ägypten noch die anderen arabischen Staaten hätten ihr Verhältnis zu dieser sogenannten Regierung geklärt. Mit so offensiven Maßnahmen wie einer Anerkennung würde sich die DDR also mitten in ein innerarabisch kontrovers diskutiertes Terrain manövrieren und ein hohes außenpolitisches Risiko eingehen, ohne jede Aussicht auf einen angemessenen Vorteil⁹⁷. In möglichen

⁹³ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.740, Bericht, 03. 07. 1958, Bl. 12–16.

⁹⁴ So ebd., Bl. 12f.

⁹⁵ Vgl. Tessler, Conflict, S. 275; Elpeleg, Mufti, S. 215–222; Shlaim, Collusion, S. 7. Zum AHC u. dem bereits in den 1930er Jahren von Amin al Hussaini proklamierten Komitee vgl. Sayigh, Struggle, S. 6–16, 48–51; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 359–362; Schechtman, Mufti, S. 230–243, 280–282; Herf, Nazi Propaganda, S. 240.

⁹⁶ Vgl. Maddy-Weitzman, Chafing at the Bit, S. 183–191; Tessler, Conflict, S. 275–277; Shlaim, Collusion, S. 40, 551f.; Rubin, Arab States, S. 171; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 361f.; Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 110f.; Khader, Ligue, S. 322–324; Sayigh, Struggle, S. 14–16; Elpeleg, Mufti, S. 201–222; Schechtman, Mufti, S. 201–203, 230–243, 280–282; Schueftan, Palestinians, S. 130, 132.

⁹⁷ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.740, Bericht, 03. 07. 1958, Bl. 15f.

Gesprächen mit Vertretern der „Palästina-Regierung“ sei deshalb, so das MfAA weiter, „darauf hinzuweisen, dass wir [die DDR] die UN-Beschlüsse unterstützen, dass wir aber die Palästinafrage als eine innere Angelegenheit der arabischen Staaten ansehen, dass ein Großteil des Teils von Palästina, der von der UN zum arabischen Staat erklärt worden war, sich in der Verwaltung arabischer Staaten befindet“⁹⁸. Insgesamt empfahl das von Minister Lothar Bolz geführte MfAA 1958, dass die ostdeutsche Regierung in der Palästinafrage die sich innerarabisch herauskristallisierende Position unterstützen sollte, insofern diese im Einklang mit den Resolutionen der VN stand, was nur heißen konnte, dass sie auch bereit war, die Existenz eines jüdischen Staates im ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina anzuerkennen.

Als Anfang der 1960er Jahre die beiden Vertretungsbüros des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Kairo und in Damaskus begannen, regelmäßig Bericht über die Liga der arabischen Staaten zu erstatten, gaben die Mitarbeiter die Inhalte der im Rat der Liga geführten Debatten über palästinensische Themen wieder. Dabei unterstützten sie jedoch die bekannte Meinung des MfAA⁹⁹. Aus diesem Grund blieben auch erste Überlegungen, inwiefern die Aufnahme von palästinensischen Studenten in die DDR zu Beginn der 1960er Jahre politisch nützlich sein könnte, ohne Konsequenzen¹⁰⁰. Die Berichte der Vertretungen in Ägypten und Syrien machten zudem deutlich, dass die Politik der arabischen Staatengemeinschaft gegenüber dem SED-Regime weiterhin von einer kommunistusfeindlichen Grundeinstellung und der diplomatischen Nichtanerkennung Ost-Berlins geprägt wurde¹⁰¹. Das widerlegt die Annahme, die aktive Palästina-politik der DDR sei eine quasi natürliche Konstante der ostdeutschen Außenpolitik seit den 1950er Jahren gewesen und die Solidarität zugunsten der Palästinenser habe schon früh begonnen. Denn die DDR war in den ersten zehn Jahren nach ihrer Gründung nicht bereit, sich politisch oder materiell nachhaltig in der Palästinafrage zu engagieren¹⁰².

Dass sich das MfAA im Juli 1958 überhaupt veranlasst sah, Eckpunkte in der Palästinafrage zu formulieren, ging möglicherweise auf das vorschnelle Handeln des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) zurück. Der FDGB und der Internationale Bund der Arabischen Gewerkschaften hatten am 2. Januar 1958,

⁹⁸ So ebd., Bl. 16.

⁹⁹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.819, Bericht der Vertretung Kairo an das MfAA, o. D., ca. März 1960, Bl. 155-157; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Bericht der Vertretung Kairo an das MfAA, 03. 01. 1962, Bl. 194-195a; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Bericht der Vertretung Kairo an das MfAA, 13. 08. 1962, Bl. 103-106.

¹⁰⁰ Timm, Davidstern, S. 270, zitiert zwar zutreffend die Überlegungen des MfAA in Bezug auf palästinensische Studenten, verkennt aber, dass keine Palästinenser zum Studium aufgenommen wurden.

¹⁰¹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.819, Schreiben des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten an das MfAA, 07. 10. 1961, Bl. 50-52; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.819, Dossier, 20. 04. 1960, Bl. 147-152. Vgl. ebs. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 170-176; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 283; Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 181-265, 418-426.

¹⁰² Vgl. die ambivalente Darstellung bei Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 101; Polkehn, DDR, S. 32-38; Timm, Davidstern, S. 269f.

gut sechs Monate vor dem späteren MfAA-Dokument, in Ost-Berlin eine „Gemeinsame Erklärung“ unterzeichnet¹⁰³. Darin hieß es: „Der FDGB erklärt, dass er den Kampf der arabischen Völker, insbesondere um die Wiederherstellung der legitimen Rechte der palästinensischen Araber und den Kampf des algerischen Volkes unterstützen wird. Auf der anderen Seite wird der Internationale Bund der Arabischen Gewerkschaften das deutsche Volk in seinem gerechten Kampf für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu einem demokratischen, antiimperialistischen Staat unterstützen.“¹⁰⁴

Dieses Kommuniqué zählt zu den ersten öffentlichen Stellungnahmen einer Organisation der DDR zugunsten der „legitimen Rechte“ von „palästinensischen Araber[n]“¹⁰⁵. Auch wenn aus Sicht des FDGB die Palästinenser kein Volk waren, ging die Forderung dieser Erklärung weit über das hinaus, was das MfAA fünf Monate später als bindende politische Linie der DDR vorgab. Eine Aussage wie die des FDGB im Januar sollte nach Meinung des Ministeriums im Juli gerade vermieden werden. Andernfalls hätte Ost-Berlin konkretisieren müssen, wen es zu den palästinensischen Arabern zählte und welcher Natur deren legitime Rechte waren. Implizierten diese Rechte separate nationale Ambitionen oder unterlagen palästinensische Araber der Souveränität anderer arabischer Regierungen? Wer repräsentierte die palästinensischen Araber und vertrat sie politisch? Welche Legitimation besaß das „All Palestine Government“?

Der spätere Beschluss des MfAA zeigt, dass die DDR 1958 nicht gewillt war, Antworten auf diese Fragen zu geben. Ost-Berlin beabsichtigte, sich aus dem innerarabischen Klärungsprozess der Palästinafrage herauszuhalten, auch wenn man sich potenzieller Vorteile einer gegen Israel betriebenen Politik bewusst war. Die Meinung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes war insofern eine Ausnahme und das Bekenntnis des FDGB zu „legitimen Rechten“ von „palästinensischen Araber[n]“ sollte vorerst nicht offizielle Politik der DDR werden. Soweit die Quellenlage dies erkennen lässt, war die Stellungnahme des FDGB auch nicht partei- oder regierungsoffiziell abgestimmt worden. Hätte die DDR im Januar 1958 wirklich eine Initiative zugunsten palästinensischer Rechte ergreifen wollen, wäre dies zu erwarten gewesen. Zudem wiederholte die ostdeutsche Gewerkschaftsvertretung ihre Auffassung nicht und verwendete keine ähnlichen Formulierungen in späteren außenpolitischen Papieren¹⁰⁶. Auch die im Herbst 1958 unter Vorsitz des Ministers für Bauwesen der DDR gegründete „Deutsch-Arabische Gesellschaft“ unterstützte in ihrer Satzung und in ihren offiziellen Verlautbarungen nicht die Rechte palästinensischer Araber¹⁰⁷. All dies spricht nicht zuletzt für

¹⁰³ Vgl. ADN: FDGB mit Arabern solidarisch, in: ND, 03. 01. 1958, S. 1.

¹⁰⁴ So ebd.

¹⁰⁵ Vgl. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 101; Kupper, Tätigkeit, S. 130, betont, dass diese Erklärung zugleich die erste Stellungnahme des FDGB u. des Arabischen Gewerkschaftsbundes war.

¹⁰⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 34/16739, Sekretariatsvorlage des FDGB, 09. 02. 1959.

¹⁰⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 34/18246, Arbeitsplan der DAG, 02. 02. 1959; SAPMO-BArch, DY 34/18246, Kommuniqué der DAG, 23. 03. 1959; SAPMO-BArch, DY 34/18246, Gedächtnisprotokoll, 29. 10. 1959; Deutsch-Arabische Gesellschaft in der DDR gegründet, in: ND, 11. 10. 1958, S. 2; Grußschreiben Otto Grotewohls, in: ND, 11. 10. 1958, S. 2.

das Argument, dass die Regierung der DDR im Sommer 1958 außenpolitische Missverständnisse im Nachgang der FDGB-Erklärung verhindern wollte. Das MfAA formulierte den grundsätzlichen ostdeutschen Standpunkt in der Palästinafrage, indem es sie zu einer „inneren Angelegenheit“ der Araber erklärte und forderte, die VN-Resolutionen, insbesondere der Teilungsbeschluss Palästinas, müssten arabischerseits anerkannt werden.